bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 07 | 31. März 2006

Rechte Szene 2

Ferngesteuerter Wahlkampf
Die DVU-Kandidaten in Sachsen-Anhalt glänzten durch Abwesenheit – mit den NPD-Vertretern gab es offensichtlich Diskrepanzen.

Katzenjammer und Seitenhiebe
Nach den Landtagswahlen knirscht es im Gebälk der „Volksfront“ von DVU, NPD und „Freien“. Die gebeutelten Republikaner wollen sich weiterhin abgrenzen.

Rechter Schick
Geschäfte mit Thor Steinar-Mode.

Massiv präsente Szene
Die thüringische Kommune Arnstadt steht fest im Fokus der Rechtsextremisten.

Die Stadt geräumt
Adolf Dammanns NPD-Demonstrationszirkus gastierte in Stade auf leeren Straßen.

Aufmarsch vom Kasernentor
Neonazis huldigen dem Mullah-Regime.

Verfassungsschutz 7

Militanter Zuwachs
Bundesweit haben Republikaner und DVU Mitglieder verloren – die NPD legte zu.

Seitenblick 8

Ungebetene Besucher
Im Rahmen ihrer „Wortergreifungsstrategie“ tauchen rechtsextreme Aktivisten zunehmend bei Veranstaltungen der Politischen Bildung auf und wollen diskutieren.

Ausland 9

Pakt mit den Neofaschisten
Zur Parlamentswahl in Italien treten Parteien und Gruppen an, die noch weit rechts von der mitregierenden Alleanza Nazionale stehen.

„Jagd auf linke Chaoten“
Französische Rechtsextremisten attackieren protestierende Jugendliche.

Rezension 10

Erlebte Wirklichkeit

Meldungen 11

Rechte Szene

Ferngesteuerter Wahlkampf

Die DVU-Kandidaten in Sachsen-Anhalt glänzten durch Abwesenheit – mit den NPD-Vertretern gab es offensichtlich Diskrepanzen.

Es sollte ein erneuter Triumphzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt werden, aber nach nur einer Stunde verließen die Kandidaten der gemeinsamen Liste von DVU und NPD kleinlaut und mit hängenden Köpfen das Gebäude. Spitzenkandidat Ingmar Knop hatte noch am 26. März mittags getönt, sein schönstes Geburtstagsgeschenk würde ihm der Wähler machen – Knop wurde am Wahltag 31 Jahre alt. Aber obwohl die Wahlbeteiligung mit unter 45 Prozent die schlechteste überhaupt – und damit denkbar günstig für die kleinen Parteien war, kam die von der DVU angeführte Liste nur auf drei Prozent der Stimmen.

Gerade in den letzten Wochen hatten sich die Medienberichte über spektakuläre Ausfälle von Neonazis im Land gehäuft. Nicht nur der rassistisch motivierte Angriff auf einen 12-jährigen Schüler in Pömmelte oder die Konzert-Absage für Konstantin Wecker in Halberstadt verschreckten die Öffentlichkeit. Opferverbände warnten vor der drastisch gestiegenen Gewaltbereitschaft der rechten Szene seit Jahresbeginn.

Die DVU-Kandidaten glänzten während des Wahlkampfes mit Abwesenheit in der Öffentlichkeit. Es gab weder die üblichen konspirativen DVU-Bustouren für Interessenten, noch Infostände der Bewerber – die Präsenz der rechten Wahlkämpfer beschränkte sich nach Angaben von Beobachtern auf eine Flut von Wahlplakaten, Flyern und Werbespots. Auch gab Knop, immerhin Rechtsberater der DVU im brandenburgischen Landtag, zu, dass die angeblich geplante Verteilaktion von 250 000 eigenen DVU-CDs nicht über seinen Schreibtisch gegangen war, sondern wie vieles andere direkt von der Münchner Parteizentrale aus ferngesteuert wurde. „Knop ist uns von Frey persönlich vor die Nase gesetzt worden“, erinnert sich ein ehemaliges DVU-Mitglied, „mit dem ist niemand warm geworden“.

Die DVU-Kandidaten waren sich fremd. Bernd Dröse, Wahlkampfmanager des Parteikonzerns von Gerhard Frey aus München, dirigierte seine steifen Mannen durch die langen Flure des Landtags gezielt bis hin zum Eingang des Wahlstudios der ARD. Hinein kamen sie nicht. Dröse konnte seinen Schock bei der ersten Hochrechnung kaum verbergen. Listenkandidat Jens Brock, einem Fleischer aus Halle, stand der Schweiß auf der Stirn. Knop sagte nur kurz, er sei zornig über die Berichterstattung, „aus allen Rohren wurde auf uns geschossen“. Auf die Frage eines MDR-Reporters nach Selbstkritik ging er nicht ein. Das Interesse der Medien an den DVU-Kandidaten verebbte schnell und sie zogen ab.

Hans-Jochen Tschiche, Vorsitzende des Vereins Miteinander e.V. warnt dennoch davor, zu glauben, „die Dynamik des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt sei damit gestoppt“. Allein an dem Wochenende zählten Opferverbände fünf gewalttätige Übergriffe von Neonazis, unter anderem in Schönebeck, in Magdeburg und in Thale im Ostharz.

Während der vergangenen Monate erwärmten sich vorherrschende Kameradschaftsstrukturen nur langsam für die DVU-geführten Kandidaten. Obwohl Knop über beste Kontakte zur NPD-Landtagsfraktion in Sachsen verfügt und für die „Deutsche Stimme“ zur Feder griff. Erst kurz vor dem Wahltermin begleitete der Anführer der Kameradschaft „Festungsstadt Magdeburg“, Andreas Biere, Knop zu einem Forum der „Volksstimme“, wobei die Rechtsextremisten provozierten. Auch schien man bei der DVU die NPD-Kandidaten auf der eigenen Liste eher zu meiden. Es gab anscheinend nicht nur inhaltliche Diskrepanzen, so lehnt zum Beispiel Listenkandidat Nummer 4, Andreas Karl, NPD-Landeschef und NPD-Kreistagsmitglied im Burgenland, das Grundgesetz offen ab. Seit Jahren bezeichnet sich Karl als „Staatsbürger des Deutschen Reiches“ und bei einer Kreistagssitzung vor wenigen Tagen musste er von der Polizei zur Ruhe gerufen werden.

Kaum hatte der kleine DVU-Haufen den Magdeburger Landtag am Wahlabend unbemerkt verlassen, schlich Dröse noch einmal zurück. Hinter Polizeifahrzeugen verborgen, beobachtete er einen versuchten Aufmarsch der „Kameradschaft Festungsstadt“ vor dem Eingang des Landtages. Als die Polizei sofort eingriff, verzog sich der DVU-Mann endgültig.

Andrea Röpke

Katzenjammer und Seitenhiebe

Nach den Landtagswahlen knirscht es im Gebälk der „Volksfront" von DVU, NPD und „Freien". Die gebeutelten Republikaner wollen sich weiterhin abgrenzen.

Auch der Misserfolg kann die Sinne vernebeln. Seine Partei, sagt Baden-Württembergs NPD-Landesvorsitzender Jürgen Schützinger, habe ihr Ergebnis „wesentlich verbessern" können. Von einem „Erfolgstrend" spricht er gar. Dabei hatten am Wahlsonntag im Südwesten der Republik gerade einmal 29 222 von mehr als 7,5 Millionen Wahlberechtigten ihr Kreuz bei der NPD gemacht. Deutlich verfehlte seine Partei mit 0,7 Prozent das Ziel, wenigstens mit einem Prozent in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung zu kommen. Und auf Augenhöhe mit den Republikanern kam sie in Baden-Württemberg, wo die Schlierer-Truppe 2,5 Prozent holte, ebenfalls nicht. Zumindest finanziell war die NPD in Rheinland-Pfalz erfolgreicher. Mit 1,2 Prozent blieb sie aber auch dort hinter den Republikanern (1,7 %) zurück.

NPD-Parteichef Udo Voigt bemühte sich um eine realistischere Einschätzung des Wahlergebnisses als sein Stuttgarter Landesvorsitzender. Er sprach von „typischen Westergebnissen, wenn auch auf höherem Niveau als noch vor zwei Jahren denkbar". Dass die Erwartungen vielfach nicht erfüllt worden seien, führte er auf „mangelnde kommunale Verankerung vor Ort und fehlende Direktkandidaten" zurück. Die Ergebnisse würden „mit aller Deutlichkeit die eigenen Versäumnisse der Vergangenheit" aufzeigen: „Hätten wir in Baden-Württemberg wie auch in Rheinland-Pfalz kommunale Strukturen und parlamentarische Verankerung gehabt, wäre wesentlich mehr drin gewesen." Beinahe genüsslich verweist Voigt aber auch auf die Verluste der Republikaner in beiden Ländern. Sie hätten „mit Hochmut und Arroganz" das Angebot der NPD, „sich in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg auf jeweils nur eine Partei zu einigen", zurückgewiesen und „mussten nun am eigenen Leib erfahren, dass sie sich damit selbst ausbremsten".

REP-Chef Rolf Schlierer lässt nicht erkennen, dass er seinen Abgrenzungskurs gegenüber der NPD aufweichen will. „Keine gute Nachricht" sei der „Ausgang der Wahl in Baden-Württemberg", erklärte er. Fehler sucht er nicht bei sich. Statt dessen beklagt er eine „quasi totale Medienblockade". Zudem habe die WASG Protestwähler von den Republikanern abziehen können. Und der CDU sei es gelungen, „mit Alibi-Aktionen wie der Scheindiskussion um den so genannten Einbürgerungs-Fragebogen ein für die Republikaner wichtiges Themenfeld politisch zu neutralisieren". Seine Partei musste nicht nur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Verluste hinnehmen. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zeigte sich erneut, dass sie in den neuen Ländern keinen Fuß auf den Boden bekommt. Gerade einmal 0,5 Prozent der Sachsen-Anhaltiner stimmten für die Truppe um den Landesvorsitzenden Peter Walde.

Größter Verlierer rechtsaußen aber war am 26. März die DVU, die auf ihrer Landesliste in Sachsen-Anhalt auch drei NPD-Kandidaten platziert hatte. Nach vier Jahren Parlamentsabstinenz wollte sie wieder in den Magdeburger Landtag einziehen, verfehlte aber mit 3,0 Prozent dieses Ziel deutlich. Und das trotz eines immensen finanziellen Aufwands: Medienberichten zufolge zwischen einer und eineinhalb Million Euro für eine umfangreiche Plakatierung und Postwurfsendungen. Lediglich ganz im Süden des Landes gelangen der DVU einige Achtungserfolge: in den Wahlkreisen Nebra (5,7 %), Naumburg (5,0 %), Zeitz (4,8 %) und Hohenmölsen-Weißenfels (4,6 %). Ansonsten aber hielt offenbar der desaströse Eindruck, den ihre 1998 gewählte Landtagsfraktion bei den Wählern hinterlassen hat, die allermeisten Bürger von einem Votum für die Frey-Truppe ab.

Die „nationale Szene" habe eher gespalten auf das Ansinnen reagiert, die DVU unterstützen zu sollen, blickte das Störtebeker-Netz auf den Wahlkampf zurück. Ein nicht geringer Teil der Szene in Sachsen-Anhalt habe von Anfang an einen Wahlboykott propagiert. Und die Unterstützung der NPD-Basis sei „eher halbherzig und ohne große Begeisterung" ausgefallen. Der DVU wird vorgehalten: „Um eine wirkliche Alternative zu sein, bedarf es eben doch schon etwas mehr, als das gelegentliche Auftauchen zu bestimmten Wahlterminen, während man ansonsten überhaupt nichts von sich hören lässt." In diese Kerbe schlagen auch die Autoren einer „Wahlanalyse aus nationaler Sicht", die auf der Internetseite der NPD Sachsen-Anhalt veröffentlicht ist. Zwar wird

darin der „Deutschlandpakt“ befürwortet. Doch gleichzeitig setzen sich die Autoren von der realen DVU-Politik deutlich ab: Sachsen-Anhalt habe gezeigt, „dass man mit großen Summen und viel Material nicht so einfach einen Landtag nehmen kann. Man kann nicht das ganze Land zuplakatieren, einen halbwegs vorzeigbaren Spitzenkandidaten aufstellen und einige Briefe versenden und schon ist man im Landtag“. Die DVU habe auch nicht durch ein festes Weltbild überzeugen können. Offensives Auftreten in der Öffentlichkeit empfehlen die Autoren stattdessen und Antikapitalismus als Ideal: „Revolutionen werden nicht erwählt, sie werden ideologisch erkämpft!“ DVU-Chef Frey wird’s wahrscheinlich ungern lesen.

Es knirscht also im Gebälk der „Volksfront“ von „Freien“, NPD und DVU. Und auch der vormalige NPD-Vordenker und jetzige NPD-Kritiker Jürgen Schwab meldete sich zu Wort. „Noch nie war die Lage so gut für nationale Wahlerfolge“, meint er mit Blick auf die in Berlin regierende große Koalition, das Bündnis mit der DVU, das „Siechtum der REP“ und die „Problemlage: Ausländerpolitik, Arbeitslosigkeit usw.“. Dennoch werde „die parteipolitische Rechte von den unzufriedenen Bürgern nicht mehr als Alternative wahrgenommen. Wenn in Sachsen-Anhalt über 50 Prozent der Wahlberechtigten zu Hause bleiben, dann sagt dies gerade über DVU und Bündnispartner NPD, auch über die REP-Konkurrenz alles aus. Die Wähler haben mittlerweile das Wesen dieser Parteien erkannt: Es handelt sich um Wahlkampfkostenerstattungsparteien“.

Trotz der Pleite von Sachsen-Anhalt und der Kritik will NPD-Parteichef Udo Voigt aber am Bündnis mit DVU und „Freien“ festhalten. Umgekehrt beteuerte auch der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey seine Treue zum „Deutschland-Pakt“. Das Bündnis sei „richtig und bis heute ohne Alternative“, erklärte Voigt. Er hofft – auch wenn der Rückenwind aus Magdeburg ausgeblieben ist – auf einen Erfolg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Dort gebe es „eine echte nationale Volksbewegung“. Voigt: „Zudem sind wir dort regional verankert und erfüllen alle Voraussetzungen, um dort im Herbst den nächsten Landtag zu erobern.“

Tomas Sager

Rechter Schick

Geschäfte mit Thor Steinar-Mode.

Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich Thor Steinar zum wohl bedeutendsten Modenamen in rechtsextremen Kreisen. Die Marke mit dem Runensymbol wurde im Oktober 2002 international registriert. Im Frühjahr 2003 wurde in Brandenburg die MediaTex GmbH mit einem Stammkapital von 25 000 Euro gegründet. Sie war rechtlich für die Thor Steinar-Website verantwortlich, die seit Frühjahr 2003 online ist.

Der schnelle Aufstieg zur rechten Lieblingsmarke konnte auch nicht gebremst werden, als das Thor-Steinar-Logo wegen der Ähnlichkeit mit NS-Symbolen zum Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen wurde. Jetzt hat das schwedische Magazin EXPO gemeinsam mit dem in Deutschland erscheinenden „Antifaschistischen Info Blatt“ (AIB) belegt, dass die rechte Affinität zu Thor-Steinar nicht nur der Modeästhetik geschuldet ist. Nach Recherchen der beiden Publikationen hat der ehemalige Thor-Steinar-Mitarbeiter Udo Siegmund nicht nur geschäftliche Kontakte zu Rechtsextremisten. So soll er am 30. Juli 2005 im schwedischen Tråvad ein von der Nationalsocialistisk Front (NSF) veranstaltetes Konzert besucht haben, dabei waren auch deutsche Neonazis. Dort spielten die Rechtsrock-Bands „Angriff“, „Titania“, White Valkyria aus Göteborg sowie die deutschen Gruppen„Kraftschlag“ aus Nürnberg und „Skalinger“ aus Wolgast.

Siegmund ist nun stellvertretender Geschäftsführer der Firma Ronnytex AB, die in der schwedischen Gemeinde Klippan sitzt und laut Handelsregisterauszug Textilien vermarktet. Unter der gleichen Adresse firmiert das Unternehmen Sinotexes AB, das nach Einschätzung von Szenekennern vor allem als Briefkastenfirma fungiert. So ist Sinotexes laut einer Domainabfrage am 2. März für die Internetseite www.thorsteinar-outlet.de verantwortlich, über die Thor Steinar-Produkte zu Sonderpreisen vertrieben werden. Eine Skytec Outlets GmbH mit Sitz in Berlin zeichnet für diese Seite verantwortlich. Deren Leiter, Michael Meißner aus Bestensee, soll nach Angaben von Expo und AIB Geschäftsführer der schwedischen Ronnytex AB sein.

Peter Nowak

Massiv präsente Szene

Die thüringische Kommune Arnstadt steht fest im Fokus der Rechtsextremisten.

Eine 25 000-Einwohner-Stadt in Westthüringen hat offensichtlich seit Jahren ein Problem, nur von offizieller Seite möchte niemand gerne darüber reden. Die neonazistischen Umtriebe in Arnstadt sind allerdings nicht aus heiterem Himmel gekommen. Inzwischen bestehen solch verfestigte Strukturen, dass die Stadt immer wieder als Anlaufpunkt für Aktivitäten aus der rechten Szene gesucht wird.

Vorläufiger Höhepunkt von zuletzt mehreren Demonstrationen ist am 1. April ein bundesweiter Aufmarsch so genannter freier Kräfte unter dem Motto „Freie Menschen statt freie Märkte" im Rahmen einer angekündigten Antikapitalismus-Kampagne. Wie ernsthaft die Organisatoren die Mobilisierung betreiben, zeigen zwei Vorbereitungsveranstaltungen in Thüringen und Sachsen, bei denen altgediente Kader wie Peter Naumann beziehungsweise die im Umfeld der NPD-Landtagsfraktion von Sachsen wirkenden Per Lennart Aae und Arne Schimmer themenbezogen polemisierten.

Anmelder der Demonstration in Arnstadt ist Patrick Wieschke aus Gotha. Er saß von Juni 2002 bis Mai 2004 in Haft. Dazu führte seine Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf einen Imbiss in Eisenach im August 2000. In seinem Vorstrafenregister sind aber auch Verurteilungen wegen Körperverletzung und Volksverhetzung geführt. Und bei aller Militanz ist Wieschke (Jahrgang 1981) ein rhetorisch geschulter Aktivist. 1999 meldete er seine erste NPD-Kundgebung an. 2000 war er Gründungsmitglied der Jungen Nationaldemokraten in Thüringen und bis 2002 Landespressesprecher und Landesvize. Fortan wendete er sich von der NPD ab und der Kameradschaftsszene zu. Er gilt neben Sebastian Reiche als einer der Köpfe des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen". Und mittlerweile gibt es auch wieder den Schulterschluss mit der NPD, die die Antikapitalismus-Kampagne aktiv begleitet. Auch zum NPD-Kreisvorsitzenden aus Arnstadt, Sven Geyer, pflegt er Kontakte. Letzterer ist dann auch oft dabei, wenn regelmäßig im benachbarten Haarhausen im Lokal „Nasses Eck" Zusammenkünfte der Partei und anderer rechtsgerichteter Cliquen stattfinden.

Aus der Geyer-Familie sind noch mehr Mitglieder in rechten Seilschaften aktiv. Zum Beispiel Jens Geyer bei den „Nationalisten für Kinderrechte", einem im Umfeld von Arnstadt tätigen eingetragenem Verein. Auch wenn Bürgermeister Hans-Christian Köllmer von der im Stadtparlament sitzenden Gruppierung Pro Arnstadt leugnet, dass es in seiner Stadt eine „rechte Szene" gibt, so besagen die Fakten anderes. Bei der kürzlich bundesweit stattgefundenen Razzia gegen Neonazis, denen vorgeworfen wird, die verbotenen „Blood&Honour"-Strukturen fortzuführen, schaute die Polizei auch bei Patrick Wiedorn in Arnstadt vorbei. Er hat nachweislich Kontakte zur Rechtsrockszene, war er es doch, der im Sommer 2004 ein Konzert im nahe gelegenen Plaue organisierte, das die Polizei dann bei Bekanntwerden auflöste.

Die rechte Szene zeigt massiv Präsenz im Stadtbild, sei es nun beim Osterfeuer, beim sommerlichen Stadtfest, zum Volkstrauertag auf dem Friedhof, wenn sie ihr eigenes „Heldengedenken" zelebriert, oder bei Sonnenwendfeiern. Und eine blutige Spur zieht sich durch die Stadt. So gab es vor einem Jahr einen bewaffneten Überfall auf Jugendliche im örtlichen Skaterpark. Am 16. Dezember 2005 wurden Jugendliche in Sichtweite zur Polizeiwache von Rechtsradikalen attackiert und verletzt. In der Neujahrsnacht musste die Polizei den nächsten Übergriff von rechts notieren. Am 8. Januar war ein Kameruner Opfer auf offener Straße. Zuletzt steckte ein als Au-Pair-Kraft in Deutschland tätiger Südafrikaner Prügel ein, als er sich am 11. März abends auf dem Weg zu einem Zigarettenautomaten auf die Straße begab. In Arnstadt ist zudem der dortige Kampfsportclub Anlaufstelle für Neonazis. Verteilt werden in unregelmäßigen Abständen rechtsextreme Blätter wie „Bürgerstimme Arnstadt/Erfurt" oder das seit 2003 kursierende „Ilmkreis national". Bei der vergangenen Bundestagswahl erhielt die NPD 4,1 Prozent der Stimmen. Sie wurde unterstützt von der DVU und der Deutschen Partei. Für letztere ist Kurt Hoppe der regionale Aktivposten. Er rief im August 2005 eine Deutsche Liste Arnstadt ins Leben und zeigte, dass im Hintergrund durchaus ältere Semester gewisse Fäden ziehen.

Horst Freires

Die Stadt geräumt

Adolf Dammanns NPD-Demonstrationszirkus gastierte in Stade auf leeren Straßen.

Barrikaden haben nicht gebrannt am 25. März in der Kleinstadt Stade bei Hamburg. Sie wurden befürchtet im Rückgriff auf Göttingen am 29. Oktober 2005, als der niedersächsische NPD-Anführer Adolf Dammann die Universitätsstadt als Station auf der mittlerweile zweieinhalbjährigen Tournee seines Demonstrationszirkus durch Norddeutschland abhakte. Andere, darunter Dammann selbst, beschworen massivste Antifa-Proteste in Vorschau auf den 13. Mai, wenn er dort gemeinsam mit Kameradschaftsführer Christian Worch erneut „Meinungsfreiheit" nach Zündel-Art beanspruchen will.

Die 170 NPD-Anhänger, die sich bei Nieselregen auf einem sonst ungenutzten Platz am Rande einer Durchfahrtstraße mit ihren Fahnen formierten, sind auch für eine Kleinstadt keine überwältigende Menschenmenge. Gleichwohl wurde für die Redner Dammann, Worch, Alexander Hohensee, Hans-Gerd Wiechmann und Jens Lütke der Süden der Stadt leer geräumt. Drei Stunden drehten sie im Schleichschritt einsame Kreise durch ein leeres Wohnviertel. Einziges Publikum waren die Berichterstatter, die sie verbal anrempelten: „Willste mal ein Auge voll nehmen?"

Bei der Stader Polizei erinnert man sich nicht an einen vergleichbar großen Einsatz. Über Zahlen wird eisern geschwiegen. Schätzungen reichen von 1 500 bis über 3 000 Beamte. Aufgeboten zum Schutz der Meinungsfreiheit zum Teil vorbestrafter junger Erwachsener, selbst erklärter „Meinungsverbrecher" und „Nationalsozialisten". Während sie sich ungestört ausbreiten und als Verfolgte einer politisch korrupten Justiz darstellen können, wird der Protest gegen sie diffamiert. Ungeachtet, dass die Polizei keine „nennenswerten Zwischenfälle" geltend macht und ein „insgesamt friedliches" Bild zeichnet, beschwört die Lokalpresse das Szenario eines Bürgerkriegs, der von „angereister Antifa" in die Stadt getragen worden sein soll.

Dass die Region seit Jahrzehnten eine „Hochburg der nationalen Bewegung" ist, wollte man bei Dammanns erstem großen Auftritt in seiner Heimat nicht wahrhaben. Der Einspruch der Bürgerschaft dagegen, dass er als Revanche für ein Urteil des Amtsgerichts gegen ihn (bnr 2, 3/06) die Stadt als Aufmarschgebiet reklamierte, blieb förmlich. Ein Schülerbündnis aus Buxtehude und Nazi-Gegner aus der Region organisierten eine Demonstration mit 1 200 Menschen, die der Öffentlichkeit wahlweise als PDS- oder DGB-Veranstaltung präsentiert oder einem „breiten Bündnis" zugeschrieben wurde. Anders konnte das Zerrbild der Antifa als „Krawallmacher" nicht bewahrt werden.

Die NPD-Redner beschimpften bis zur Heiserkeit, wer immer ihnen in den Sinn kam. Alexander Hohensee wiederholte und erweiterte die Beleidigungen einer SPD-Bundestagsabgeordneten, für die Dammann verurteilt worden war. In Stade wie anderswo wird man weiter über den Umgang mit der NPD nachdenken müssen: Weil ihm diesmal die Innenstadt versperrt blieb, kündigte Dammann eine weitere, „bundesweite" Machtdemonstration an. Im September sind in Niedersachsen Kommunalwahlen, bei denen die Fünf-Prozent-Hürde aufgehoben ist. Im Stader Kreistag hatte die NPD als „Bündnis Rechte" bereits bis 2001 einen Sitz.

Das obligatorische Konzert zur Belohnung für den Marsch am Abend in Meckelfeld (Kreis Harburg) wurde von einem Großaufgebot der Polizei unterbunden. Seinen Auftritt am 8. April in Celle hat Dammann abgesagt. In Göttingen wird das Erscheinen seiner Truppe vermutlich erneut die Stadt beherrschen.

Uwe Ruprecht

Aufmarsch vom Kasernentor

Neonazis huldigen dem Mullah-Regime.

Vor den Toren des größten amerikanischen Truppenübungsplatzes in Grafenwöhr (Oberpfalz, Bayern) wollten Neonazis dem „nationalen Widerstand" neue Wege weisen. Doch aus dem Vorhaben wurde ein eher familiäres Treffen von langjährigen Kadern und einigen Kameradschafts-Jungnazis aus der Region. Bemerkenswert ist jedoch der Versuch, durch eine Solidaritätskundgebung mit dem iranischen Mullah-Regime „neue Bündnispartner" bei fundamentalistischen Islamisten zu finden.

Obwohl die Veranstalter den Beginn der Demonstration lange hinauszögerten, fanden sich am 18. März gerade 55 Teilnehmer zum Protest gegen die „One-World-Diktatur“ der USA ein. Dabei waren der Hamburger Christian Worch mit seinem Lautsprecher-Kombiwagen, sein alter Kumpan Hartmut Wostupatsch (Würzburg), Michael Geissler (Nürnberg) und Willi Wiener (Regensburg). Die Nachwuchsgeneration wurde durch Philipp Hasselbach (München) repräsentiert, der sich noch vor kurzer Zeit als „Autonomer Nationalist“ profiliert hatte und der Versammlung nun als Vertreter der bayerischen Jungen Nationaldemokraten präsentiert wurde. Dazu waren auch Kameradschaftsangehörige aus Hof und Wunsiedel sowie eine Abordnung aus Baden-Württemberg präsent.

Geissler richtete dem überschaubaren Trupp beste Grüße von Horst Mahler aus, der „gerne teilgenommen hätte“. Statt Mahler führte die Demonstration Plakate mit dem Porträt des iranischen Präsidenten Ahmadinejad auf grünem Hintergrund und dem Aufdruck „Er hat recht!“ mit sich. Mit den Parolen „Nie wieder Israel“ und „Juden raus aus Palästina“ wurde die Richtung klar gemacht. Die Veranstalter hatten schon im Vorfeld vom Islam als „idealem Bündnispartner des National-Sozialismus“ geschwärmt.

Der frühere NPD-Funktionär Geissler hatte vor vier Jahren bei der „Staatsbürgerlichen Runde Bamberg“ referiert. Mit Günter Deckert war er 2002 auf einer oppositionellen Liste für die Wahl zum NPD-Parteivorstand gegen den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt angetreten. Auch Wostupatsch ist bei der NPD nicht wohl gelitten. Bis zu deren Verbot 1983 war er Mitglied der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ um Michael Kühnen; 2001 bewegte er sich in oppositionellen NPD-Kreisen wie der „Revolutionären Plattform“. Im November 2002 beschloss der NPD-Parteivorstand wegen „Polizeiinformantentätigkeit“ ein Kontaktverbot zu Wostupatsch. Der in einen langen schwarzen Ledermantel gehüllte Würzburger – in den eigenen Reihen wegen seiner dröhnenden Tiraden bekannt – enttäuschte Anhänger martialischer Brüll-Rhetorik nicht: „Ich hoffe, dass bald Tausende und Zehntausende hier vor und in der Kaserne demonstrieren!“

Ulrich Wittenbrink

Verfassungsschutz

Militanter Zuwachs

Bundesweit haben Republikaner und DVU Mitglieder verloren – die NPD legte zu.

Wie aus dem NRW-Verfassungsschutzbericht 2005 hervorgeht, schrumpfte die Mitgliederzahl der DVU von 11 000 auf 9 000. Die Republikaner kamen nur noch auf 6 500 Mitglieder (minus 1 000). Damit ist die Schlierer-Partei nur noch unwesentlich größer als die NPD, die im vorigen Jahr von 5 300 auf 6 000 Mitglieder zulegte.

Der bundesweite Trend spiegelte sich auch in Nordrhein-Westfalen wider. Dort zählt die DVU noch 1 400 Mitglieder (2004: 1 500). Die REP mussten einen Rückgang um 50 auf 850 hinnehmen. NPD-Parteibuchbesitzer gab es im vorigen Jahr in NRW 750, immerhin 200 mehr als 2004. „Besorgnis erregend ist dabei der Mitgliederzuwachs bei jüngeren Personen“, erklärte Innenminister Ingo Wolf (FDP). Die Strategie der Partei, mit einer verstärkten Jugendarbeit und beispielsweise der „Erlebniswelt Musik“ zumindest vorübergehend junge Menschen zu binden, habe „einen gewissen Erfolg“, beobachten die Verfassungsschützer: „Sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene dürfte der deutliche Anstieg der Mitgliederzahlen vor allem durch den Zulauf vor allem von jüngeren Parteimitgliedern zu erklären sein.“ Zu den Kameradschaften rechnet der Verfassungsschutz in NRW 460 Neonazis (2004: 340). Hinzu kommen weitere 1250 „militante Rechtsextremisten einschließlich Skinheads“ (plus 400). 2 545 rechtsextreme Straftaten (plus 16,7 %) wurden in NRW gezählt, überwiegend so genannte Propagandadelikte, allerdings auch 144 Gewalttaten (plus 12).

Anders als in den Vorjahren verzichtet die NRW-Behörde auf ein eigenes Kapitel zur neurechten „Jungen Freiheit“. Das Wochenblatt hatte gegen die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht geklagt. Die Verwaltungsgerichte hatten die Klage zurückgewiesen, das Bundesverfassungsgericht das Verfahren aber zur Neuverhandlung wieder an das Verwaltungsgericht Düsseldorf verwiesen.

Tomas Sager

Seitenblick

Ungebetene Besucher

Im Rahmen ihrer „Wortergreifungsstrategie" tauchen rechtsextreme Aktivisten zunehmend bei Veranstaltungen der Politischen Bildung auf und wollen diskutieren.

Zur Veranstaltung „Erlebniswelt Rechtsextremismus" der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Anfang März im brandenburgischen Königs Wusterhausen hatte sich mit dem Bundespressesprecher der NPD ein prominenter Teilnehmer angemeldet. Dass er dann nicht erschien, kann an Terminschwierigkeiten gelegen haben: Der Besuch eines Antirassismus-Seminars für nichtweiße deutsche Jugendliche in einer nahegelegenen Bildungsstätte hatte wohl Vorrang – galt es doch laut zynischer öffentlicher Vorankündigung zu erfragen, wie viel „Schwarz"geld das „deutschfeindliche Wochenende" verschlingen würde.

Eine Woche später das gleiche Bild, diesmal in Sachsen-Anhalt. Unter den Teilnehmern der Halberstädter FES-Tagung „Rechtsextremismus in Deutschland" sitzt eben jener NPD-Kreisverbandsvorsitzende, der mit einem Brief an den Landrat für die Konzertabsage Konstantin Weckers sorgte. Die Wortbeiträge werden heimlich mitgeschnitten und umgehend in diversen rechten Webseiten höhnisch kommentiert. Gerade im Ostharz scheint derzeit kaum eine Veranstaltung möglich, ohne dass Rechtsextremisten mit Verweis auf Meinungsfreiheit ihr Mitspracherecht einfordern: notfalls auch mit Gewalt. Ende Februar stürmen Neonazis eine Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen mit Claudia Roth in Wernigerode. Eine Gedenkveranstaltung zu Dietrich Bonhoeffer in Halberstadt wenig später kann nicht ungestört stattfinden. Zur aktuellen Bürgerversammlung gegen die für April angekündigte Demonstration der „Sozialrevolutionären Nationalisten Halberstadt" und Jungen Nationaldemokraten (JN) Wernigerode verteilen sich etliche Rechtsextremisten im Raum, bleiben demonstrativ unbeteiligt, schneiden aber den Veranstaltungsverlauf mit. Besagter NPD-Kreisvorsitzender ist wieder dabei. Auch die Landeshauptstadt bleibt nicht ungeschoren: Bei einer Lesung von Toralf Staud („Moderne Nazis") in Magdeburg öffnet sich nach einer halben Stunde die Tür, und ein Dutzend „Kameraden" will mitdiskutieren.

Diese und ähnliche Ereignisse summieren sich zu einer Offensive, die seit einigen Jahren als „Wortergreifungsstrategie" bekannt ist und jüngst bei einem Treffen der ostdeutschen NPD-Landesverbände mit ihrer Jugendorganisation JN im thüringischen Rudolstadt bekräftigt wurde. In schöner Deutlichkeit und schlechtem Deutsch ist sie im Nachrichtenbereich der zentralen NPD-Internetseite nachzulesen:

„Aktionismus und Kreativität sind und bleiben die Stärken der JN. Gerade im Hinblick auf die massive Behinderungstaktik von Großdemonstrationen durch die brd-Machthaber muss man neue Widerstandsformen entwickeln. Hierbei wurde vor allem Wortergreifungsstrategie beim politischen Gegner ins Auge gefasst. In der direkten Konfrontation mit dem Gegner soll dieser nicht mehr in der Lage sein über Nationalisten, sondern nur noch mit ihnen zu diskutieren".

Neu ist, wie flächendeckend diese Strategie bei Veranstaltungen der politischen Bildung eingesetzt wird. Alle Organisatoren von Diskussionen zum Rechtsextremismus, alle Träger der politischen Bildung sind gut beraten, über angemessene Reaktionsweisen nachzudenken. Dabei droht ein doppeltes Dilemma. Rechtsextreme Kader versuchen, äußerlich unauffällig und gut geschult, die Meinungsführerschaft im Raum zu erringen. Dabei spielen sie inzwischen oft meisterhaft auf der Klaviatur des Sozialpopulismus. Werden sie per Hausrecht ausgeschlossen, erscheinen sie nicht selten mit Verstärkung. – Politische Bildung sollte die öffentliche Auseinandersetzung nicht scheuen, gleichzeitig aber klarstellen, dass sie selber die Handlungshoheit behält und bestimmt, in welcher Form sie dies tut. Es müssen auch Informationsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus möglich sein, ohne dass dessen Vertreter präsent sind.

Vielleicht sollte man diejenigen fragen, die sich aus eigener leidvoller Erfahrung bestens mit der Thematik auskennen: Auf der Webseite des Kulturbüro Sachsen www.kulturbuero-sachsen.de stehen gute Texte zum Download bereit.

Michael Pechel

Ausland

Pakt mit den Neofaschisten

Zur Parlamentswahl in Italien treten Parteien und Gruppen an, die noch weit rechts von der mitregierenden Alleanza Nazionale stehen.

Im Vorfeld der italienischen Parlamentswahlen am 9. und 10. April ist Regierungschef Silvio Berlusconi ein Bündnis mit der extremen Rechten unter der Mussolini-Enkelin Alessandra Mussolini eingegangen. Die Mutter von drei Kindern und Nichte der bekannten Schauspielerin Sophia Loren führt die von ihr im April 2004 gegründete rechtsextreme Sammlungsbewegung Alternativa Sociale. Im November 2003 war Mussolini, Interviewpartnerin der „National-Zeitung", aus der rechtsgerichteten Regierungspartei Alleanza Nazionale ausgetreten, nachdem AN-Chef und Vizepremier Gianfranco Fini während eines Israel-Besuchs zu Italiens faschistischer Vergangenheit auf Distanz gegangen war.

Mussolinis Partei erhielt bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004 1,2 Prozent der Stimmen. Die rund 398 000 Stimmen genügten Mussolini für die Verwirklichung ihres politischen Traumes. „In knapp zwei Monaten und mit einem Wahlkampfbudget von 25 000 Euro konnten wir der Alleanza Nazionale Hunderttausende von Stimmen entziehen und beweisen, dass wir die wirkliche Rechte in Italien sind", kommentierte Mussolini, die als Abgeordnete ins Europäische Parlament einzog, das Ergebnis. Anfang März dieses Jahres sorgte sie für Schlagzeilen, als sie erklärte: „Wenn mein Großvater nicht gewesen wäre, säßen die Libyer noch immer mit dem Turban auf dem Kopf ihrer Kamele".

Der Sammlungsbewegung von Mussolini gehören auch die neofaschistischen Gruppen „Forza Nuova" und „Fronte Sociale Nazionale" (FSN) an. Kopf von FSN ist Adriano Tilgher, der 1975 wegen „Wiederaufbaus der faschistischen Partei" festgenommen worden war. FSN ist ein 1997 gegründeter Zusammenschluss ehemaliger Mitglieder von „Avanguardia Nazionale" und „Ordine Nuovo" sowie der „Lega Nazionale Popolare" des einstigen Rechtsterroristen Stefano Delle Chiaie.

Die finanzstarke FN wurde 1997 von Roberto Fiore und Massimo Morsello, zwei ehemaligen Mitgliedern der italienischen Terrororganisation „Terza Posizione", in London gegründet. Beide hatten Italien verlassen, nachdem sie infolge eines Bombenanschlags mit Haftbefehl gesucht wurden. Im März 1999 konnten sie nach Italien zurückkehren. Die FN pflegt engste Kontakte zur NPD und ihrem Bundesvorsitzenden Udo Voigt. FN-Vorsitzender Fiore sprach beim „2. Tag des nationalen Widerstandes" der NPD am 27. Mai 2000 ein Grußwort. Im November 2005 hielt er sich – wie Voigt – anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten zum 69. Jahrestag des Todes von Falange-Gründer Jose Antonio Primo de Rivera in der spanischen Hauptstadt Madrid auf.

Eng verbandelt mit der Wahlallianz ist die neofaschistische Partei Movimento Sociale-Fiamma Tricolore (MS-FT). Die Partei wurde 1995 von Pino Rauti als Nachfolgepartei des ursprünglichen Movimento Sociale Italiano (MSI), der Ende 1993 in Alleanza Nazionale umbenannt worden war, gegründet. Chefideologe der MS-FT ist der Europaabgeordnete Luca Romagnoli. Romagnoli hat jüngst in einem Interview verlautbaren lassen: „Ehrlich gesagt, habe ich keine Hinweise, um zu behaupten oder zu bestreiten, dass es die Gaskammern in den Konzentrationslagern jemals gegeben hat". Romagnoli unterhält ebenfalls enge Verbindungen zur NPD. Zuletzt traf er sich im Februar mit den NPD-Spitzenfunktionären Holger Apfel, Peter Marx und Sascha Roßmüller im Straßburger Europaparlament. Im Juni wird Romagnoli beim „4. Freiheitlichen Kongress" des Deutsche Stimme Verlags in Süddeutschland referieren.

Zu den Kandidaten der MS-FT für das Parlament gehört auch Piero Puschiavo, Gründer der oberitalienischen Skinvereinigung „Veneto Fronte Skinheads" (VFS). VFS-Kameraden nahmen 2004 am Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel teil. Antonio Serena ist MS-FT-Abgeordneter in Rom. 2003 wurde er aus der AN wegen seiner offen bekundeten Solidarität mit dem in Rom unter Hausarrest einsitzenden NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke ausgeschlossen. Die „National-Zeitung", der Serena als Interviewpartner zur Verfügung stand, titelte damals: „Der Abgeordnete Serena, Italiens Hohmann".

Anton Maegerle

„Jagd auf linke Chaoten“

Französische Rechtsextremisten attackieren protestierende Jugendliche.

Die Protestaktionen der Studierenden und Oberschüler in Frankreich haben die extreme Rechte auf den Plan gerufen. Mehrfach kam zu Einsätzen rechtsextremer Schläger gegen rebellierende Jugendliche beziehungsweise linke „Randalierer“. Im Quartier Latin, dem Pariser Stadtviertel rund um die Universität Sorbonne, paradierten am Abend des 14. März rund 100 Anhänger der militanten Neonazigruppe „Bloc identitaire“ und schlugen Demonstrationsteilnehmer. Am 16. März attackierten in Toulouse zwei Dutzend rechtsextreme Schläger mit Stöcken und Eisenstangen die Streikposten an der dortigen Universität. Die Zeitung „Le Monde“ berichtet, dass einige Hochschullehrer ihnen dabei offen applaudiert hätten. Als am selben Abend im Pariser Quartier Latin rund 80 junge Rechtsextreme auf „Jagd nach linken Chaoten“ gingen, nahmen die Polizeikräfte vor Ort mehrere von ihnen fest. Unter den Festgenommenen war auch der „Direktor“ des FNJ, der offiziellen Jugendorganisation des FN. Alexandre Ayroulet blieb knapp 24 Stunden im Polizeigewahrsam.

Die extreme Rechte ist nicht darum bemüht, ihre gewalttätige Rolle herunter zu spielen. Die rechtsextreme Wochenzeitung „Minute“ schreibt am 22. März: „... sie waren gekommen, um ‘linke Chaoten zu klatschen’. Sie glaubten, dass die Polizisten ihre Verbündeten seien. Sie sahen sich auf bösartige Weise in die Zange genommen und werden vor Gericht gestellt werden.“ Der gesamte Artikel ist aus Sicht der militanten rechten Aktivisten, die am 18. März unterwegs waren, verfasst. Er steht unter der Überschrift: „Die Nationalisten werden sich daran erinnern: Die bösartige Manipulation von (Innenminister) Sarkozy.“

Unterdessen belegt eine jüngste Umfrage des IFOP-Instituts unter 14 269 jungen Leuten zwischen 18 und 24 Jahren, dass die extreme Rechte parallel zum aktuellen sozialen Konflikt an Boden verloren hat. Die Sympathiewarte für den FN fielen demnach in dieser Altersgruppe von 9,8 Prozent (zum Jahreswechsel 2005/06) auf noch 6,9 Prozent.

Bernhard Schmid

Rezension

Erlebte Wirklichkeit

Wie kann einer nur so gelassen, so bedächtig über das Schrecklichste sprechen? Ralf Bachmann kann es. Der Journalist, Autor und bnr-Kommentator las im Jüdischen Kulturverein Berlin aus seinem jüngsten Buch und manchmal breitete sich besinnliche Heiterkeit aus. Niemand nimmt es Bachmann übel, wenn er schmunzelnd über Gebräuche in einer jüdischen Familien plaudert oder hintergründig die Eigenarten seiner vom Tod bedrohten Tanten schildert. Es ist keine Garnitur und kein schriftstellerischer Trick, sondern die von ihm erlebte und erinnerte Wirklichkeit. Die Grausamkeit der Nazi-Diktatur ist trotzdem allgegenwärtig.

1938 hat sich die Familie zum letzten Mal gesehen. Einer der beiden noch Lebenden, der 76-jährige Ralf Bachmann, hält die Erinnerung an die Ermordeten und an die in alle Welt Verstreuten wach. Auch an seine Tante Frieda, die sich umbrachte, als der Bürgermeister ihr sagte, sie sei „als Jüdin nur noch Gast in Deutschland“. Der seit mehr als 50 Jahren in Berlin lebende Bachmann, der 1995 eine lesenswerte Autobiographie über sein Leben in der DDR („Ich bin der Herr. Und wer bist du?“) veröffentlicht hatte, erzählt in Anekdoten, Episoden und Reportagen seine deutsch-jüdische Familiengeschichte aus Falkenstein im Vogtland. Sie ist vielleicht typisch für den „jüdisch gebliebenen, jedoch recht angepassten kleinstädtischen Mittelstand“, dessen Schicksal sonst kaum beachtet wird. „Wer Glück und Geld hatte, reiste, wer Pech hatte und arm war, wurde transportiert“, umschreibt Bachmann die Varianten der Verfolgung.

Bachmann hat feinfühlig konkrete Geschichte von unten geschrieben. Über den Alltag der Bedrohung und des Leids während der Nazizeit, aber auch über kindliche und familiäre Freuden, über schöne Reisen und berufliche Erfolge. Sein Büchlein, das zahlreiche Bilder und Dokumente enthält, ist ein wertvoller Beitrag zum Erinnern und zum Verstehen. Gerade weil es nicht nur bedrückend ist, sondern auch Optimismus ausstrahlt.

Helmut Lölhöffel

Ralf Bachmann, Die Bornsteins. Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte, Sax-Verlag, Beucha 2006, 136S., 12€

Meldungen

Aufmarsch zur Fussball-WM

Gelsenkirchen – Neonazis wollen die besondere, auch internationale mediale Aufmerksamkeit während der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland für eigene Zwecke nutzen. Diskutiert wird darüber, ob zum Beispiel – auch mit Blick auf die größere Beanspruchung der Polizei – Demonstrationen während der WM angemeldet werden sollten. Ein Aufmarsch an einem Austragungsort der Weltmeisterschaft ist bereits angekündigt. Am 10. Juni will die NPD in Gelsenkirchen unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit schaffen – Arbeitsplätze statt Globalisierung“ demonstrieren. Tags zuvor spielt in Gelsenkirchen Polen gegen Ecuador. Zwei Tage später treffen dort die USA und Tschechien aufeinander. (ts)

NS-Lolitas bei der NPD

Cham – Die braune US-Teenieband „Prussian Blue“ ist Stargast beim „NPD Bayerntag“ im Juni. Stattfinden soll das „große Sommerfest“ am 17. Juni dieses Jahres in der Oberpfalz. Als Redner sind Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender, Sascha Roßmüller, NPD-Bundesvorstandsmitglied Landesvize in Bayern, sowie Ralf Ollert, bayerischer NPD-Landesvorsitzender, vorgesehen. „Prussian Blue“, ein blondes, weibliches Teenager-Zwillingspaar, tritt erstmals außerhalb der USA auf. In den Texten der NS-Lolitas wird Rudolf Heß verehrt, der arische Mann angepriesen und US-Rechtsterroristen werden glorifiziert. Neben „Prussian Blue“ treten die nordhessische Neonaziband „Hauptkampflinie“ (HKL) sowie „weitere Rockbands und Liedermacher des nationalen Widerstandes“ auf. Kopf und Sänger von HKL ist Oliver Podjaski, Mitglied der Neonazi-Knasthilfeorganisation HNG. Die HKL-CD „Völkermordzentrale“ ist indiziert. (am)

Mäßige Erfolge in Hessen

Wiesbaden – Die Republikaner haben bei den hessischen Kommunalwahlen mehr als die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt. In den Landkreisen und kreisfreien Städten stellen sie nur noch 29 (2001: 52) Kommunalparlamentarier. Die NPD legte auf niedrigem Niveau zu: Sie verfügt künftig in den Kreisen und großen Städten über 6 (2001: 4) Mandate. In Frankfurt ziehen Republikaner (1,5 %) und NPD (1,2 %) mit jeweils einem Sitz in die Stadtverordnetenversammlung ein. In Offenbach kamen die REP auf 4,0 Prozent und drei Mandate, in Wiesbaden auf 5,0 Prozent und vier Mandate. Die Republikaner gehören den Kreisparlamenten Bergstraße und Main-Kinzig (je 3 Mandate), Fulda, Odenwaldkreis, Rheingau-Taunus-Kreis, Waldeck-Frankenberg und Marburg-Biedenkopf (je 2), Hochtaunuskreis, Limburg-Weilburg, Lahn-Dill-Kreises, Vogelsbergkreis und Main-Taunus (je 1) an. Der NPD gelang der Einzug in die Kreistage des Wetteraukreises (3) und des Lahn-Dill-Kreises (2). Ihr bestes Ergebnis erzielte die NPD in Wölfersheim mit 10,4 Prozent und drei Mandaten. Im Landkreis Offenbach holte die Deutsche Liste, hervorgegangen aus einer REP-Abspaltung, einen Sitz. Im Schwalm-Eder-Kreis gewann ein rechtes „Bürgerbündnis“ ebenfalls ein Mandat. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de